

BE: KO Rogatsch

Nr der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode)

Dringlicher Antrag

der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Dr. Schöchli, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer
betreffend die Herbeiführung einer Einigung mit der deutschen Bundesregierung im Streit
über die Flughafenverordnung.

Seit Wochen erhitzt die vom deutschen Verkehrsminister Ramsauer vorgelegte Verordnung,
die de facto das Aus für den Salzburger Flughafen bedeuten würde, in Österreich die
Gemüter. Der Entwurf sieht vor, dass Instrumentenanflüge „über deutschem Hoheitsgebiet
nur in besonderen Fällen genutzt werden“ dürfen. Diese besonderen Fälle seien Notfälle
oder Wetterbedingungen, die einen Südanflug im Sichtflug unmöglich machen. Die
zunehmende Lärmbelästigung der deutschen Bevölkerung solle mit dieser Verordnung
reduziert werden. Verkehrsminister Ramsauer will die Anflüge über bayerisches Gebiet über
eine Durchführungsverordnung drastisch einschränken. Die Verordnung von
Verkehrsminister Ramsauer müsse der EU-Kommission noch zur Zustimmung vorgelegt
werden. Diese müsse dann sechs Monate nach Eingang aller Informationen ihre
Entscheidung treffen. Erst dann könne die neue Verordnung auch in Kraft treten.

Eine Alternative zum einzigen Präzisionsanflugverfahren über deutsches Gebiet ist jedoch
aus topografischen Gründen laut Auskunft der Experten auf Salzburger Gebiet nicht möglich.
Die bereits installierten Alternativverfahren, die via GPS funktionieren, benötigen eine
spezielle Ausrüstung der Luftlinien, eine spezielle Schulung der Piloten und bedeuten einen
technischen und fliegerischen Mehraufwand, den nicht alle Piloten und Airlines akzeptieren.
Heimische und speziell geschulte Piloten werden nach Möglichkeit schon jetzt ersucht, diese
Angebote zu nutzen.

Der Salzburger Flughafen ist als Kernelement nicht nur der Salzburger sondern auch der
österreichischen Infrastruktur unverzichtbar für Wirtschaft und Tourismus. Mehr als eine
Million Gäste reisen jährlich über den Salzburg Airport an, mehr als eine Milliarde Euro sowie
ca. 1500 Arbeitsplätze in der Region hängen vom Salzburger Flughafen ab.

Die Anflug-Verordnung für den Salzburger Flughafen, der nach dem Flughafen Wien der
zweitgrößte österreichische Flughafen ist, wäre ein schwerer Eingriff in die lokale Wirtschaft.
Aus diesem Grund muss hier die österreichische Bundesregierung eingreifen und

gemeinsam mit der deutschen Bundesregierung an einer Lösung arbeiten und eine Einigung schaffen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten,
 - a. in der Causa der geplanten Flughafenverordnung des deutschen Verkehrsministers eine Lösung mit der deutschen Bundesregierung auszuarbeiten;
 - b. sich auf bilateraler sowie auf europäischer Ebene für den Erhalt der bestehenden An- und Abflugverfahren einzusetzen und damit den Erhalt des Salzburg Airport zu sichern.

1. Der Antrag wird Ausschuss für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragsstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Gemäß § 63 Landtagsgeschäftsordnungsgesetz wird das Begehren auf Zuweisung der Dringlichkeit gestellt.

Salzburg, 9. Dezember 2013